

10.12.2018

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

zum
Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3014

Vermüllung der öffentlichen Räumlichkeiten stoppen – Landesregierung muss Vermeidungskonzept entwickeln

Berichtersteller: Abgeordnete Dr. Patricia Peill (CDU)

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 17/3014 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 10.12.2018 /Ausgegeben: 10.12.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 17/3014 - wurde vom Plenum in seiner Sitzung am 11. Juli 2018 an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz federführend, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung zur Mitberatung überwiesen.

Laut Bericht der SPD-Fraktion schreitet das Phänomen der Vermüllung des öffentlichen Raums zunehmend voran. Eine wichtige Ursache sei der wachsende Trend zum Essen und Trinken unterwegs. Immer mehr Einwegverpackungen würden verbraucht. 106.000 Tonnen Abfall fielen alleine durch Getränkeverpackungen jährlich in Deutschland an. Das entspreche 2,8 Milliarden To-Go-Bechern im Jahr oder 320.000 in der Stunde. Der To-Go-Becher habe inzwischen die Plastiktüte als Abfallverursacher Nummer eins im Alltag abgelöst. Gleichzeitig erzeuge eine „Mediterranisierung“ des gesellschaftlichen Lebens, dass der öffentliche Raum stärker zur Freizeitgestaltung herangezogen werde. Freizeit draußen zu verbringen, würde automatisch auch mehr Müll im öffentlichen Raum bedeuten. Der Abfall lande dabei oftmals nicht im Mülleimer, sondern auf dem Boden, auf Straßen, Plätzen und in Parks. „Littering“ hieße dieses Phänomen des absichtlichen oder achtlosen Verschmutzens der Umgebung. Die meisten Becher und anderer Verpackungsmüll bestünden zu etwa einem Drittel aus Kunststoff. Lande dieser als Müll in der Umwelt, würden Teile in Boden oder Wasser und irgendwann ins Meer getragen, wo er zu Mikroplastik zerfalle und in die Nahrungskette gelange. Insgesamt führe diese Entwicklung zu immensen Kosten, die von der Gesellschaft getragen werden müssten. Die erforderlichen Reinigungsmaßnahmen von Straßen und Grünflächen stiegen kontinuierlich. Inzwischen, so schätzen verschiedene Studien, beliefen sich die daraus resultierenden Kosten auf etwa 800 Millionen Euro jährlich.

Ein bekanntes Phänomen sei nachgewiesen, das besagt: Wo Müll bereits liege, werde bald noch mehr landen. So entstünden schnell Müllbrennpunkte. Mit dem Wegwerfen setze sich meist eine weitere Verwahrlosung fort. Denn wenn die Umgebung schon vermüllt sei, sinke die Bereitschaft von Passanten, ihren Müll ordentlich zu entsorgen. Auch Vandalismus werde wahrscheinlicher. Gerade in Quartieren, die als sozialer Brennpunkte verstanden würden, nähmen die Anwohner Vermüllung als weiteren Grund für ihre gesellschaftliche und staatliche Ausgrenzung war.

Stadtsauberkeit sei Lebensqualität. Deshalb sei der Kampf gegen Vermüllung und für die gute Instandhaltung der öffentlichen Räume eine wichtige Grundlage für objektive und subjektive Sicherheit sowie die soziale Stabilität im Quartier. Von Sauberkeit und einem ansprechenden Stadtbild profitierten deshalb alle Bürger. Daher sollten auf kommunaler und auf Landesebene Initiativen und Aktivitäten, die zur Stadtsauberkeit beitragen, über die Zuständigkeit der Umwelt-, Sozial- und Städtebaupolitik vernetzt oder neu geschaffen werden.

Eine wichtige Rolle für die Attraktivität der Quartiere, spielten hier in NRW die mehr als 65.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen Abfallbetriebe. Ihr Kampf gegen die Vermüllung sei von großer Bedeutung, um den weiteren Reinigungsaufwand zu verringern und damit steigende Kosten zu verhindern. Sie würden nicht nur den Müll sammeln, sondern wiesen mit unterschiedlichen Kampagnen schon heute auf die Probleme der Vermüllung hin.

Das Land Nordrhein-Westfalen sei dringend gefordert, Maßnahmen gegen die voranschreitende Vermüllung von öffentlichen Plätzen, Straßen und ganzen Stadtvierteln zu entwickeln. Zwar würden die kommunalen Unternehmen in den Städten viel bei der Reinigung von Straßen, Wegen und Grünflächen leisten und seien bei der Abfallvermeidung aktiv. Um dem Problem jedoch nachhaltig zu begegnen, ginge es aber um viel mehr. Nachhaltigen Erfolg bringe nur eine intensive und kontinuierliche Reinigung, die verbunden sei mit ordnungspolitischen Maßnahmen und einer intensiven Aufklärung. Hier sei ein koordinierendes und kooperatives Vorgehen mit den Kommunen notwendig. Es bedürfe der Unterstützung der Kommunen für

die Erforschung, welche Maßnahmen besonders in den sehr belasteten Gebieten wirksam seien, aber auch für die Weckung und Begleitung gesellschaftlichen Engagements der Bewohnerinnen und Bewohner und des koordinierten Vorgehens aller Beteiligten. Die intensive Förderung beim Bau und Betrieb „außerschulischer Lernorte“ in ganz NRW könnte einen erheblichen Beitrag zur Abfallvermeidung und zum besseren Umgang mit der Natur und der Vermeidung von „Littering“ leisten.

Leider fehle der Landesregierung aber offensichtlich jedes Problembewusstsein. Weder im Koalitionsvertrag noch in der „kleinen Regierungserklärung“ zur Umweltpolitik finde sich auch nur ein einziger Satz zu dieser neuen Herausforderung der Abfallwirtschaft. Zu mehr als Allgemeinplätze wie „Es gilt, Abfälle möglichst zu vermeiden“ sei Schwarz-Gelb offenbar nicht fähig. Dies unterstreiche die Hilf- und Lustlosigkeit der Landesregierung, sich mit diesem Problem zu beschäftigen.

Ein Blick über den Tellerrand würde Schwarz-Gelb zeigen, dass es schon zahlreiche gute Beispiele gegen die zunehmende Vermüllung des öffentlichen Raums gebe:

- In Hamburg würden sogenannte „Waste Watcher“ eingesetzt, hierzu habe die Stadtreinigung neue Mitarbeiter eingestellt, darunter ehemalige Langzeitarbeitslose und Migranten.
- Das Land Hessen setze sich mit der Kampagne „Sauberes Hessen“ gegen die Vermüllung von Straßen und Landschaften ein. Ziel sei vor allem, das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu schärfen.
- Rheinland-Pfalz setze auf frühe Umweltbildung. Bei den vom Land unterstützten „Außerschulischen Lernorten“ könnten Schulklassen Themen rund um die Abfallwirtschaft kennenlernen.
- In der Stadt Basel gebe es schon seit 2000 regelmäßige Sensibilisierungskampagnen zum Thema Abfallprävention und öffentliche Veranstaltungen.
- Unter dem Dach von „Let’s Clean Up Europe“ würden sich rund eine halbe Million Menschen an Aufräuminitiativen beteiligen. Allein in Deutschland würden Freiwillige 2017 rund 1.270 Tonnen Abfälle aufsammeln, die in die Natur gelangt waren.
- Der Verband kommunaler Unternehmen habe mit seinen umfangreichen Studien zur "Wahrnehmung von Sauberkeit und Littering im öffentlichen Raum" mit der Humboldt Universität in Berlin wichtige Forschungsgrundlagen geliefert.

Der Landesregierung würde aber auch schon ein Blick in den „Abfallwirtschaftsplan Nordrhein-Westfalens – Teilplan Siedlungsabfälle“ helfen. Dort fänden sich zahlreiche Hinweise zur Weiterentwicklung der Abfallvermeidung.

Der Landtag möge daher die Landesregierung auffordern:

1. bestehende Konzepte zur Reduzierung des Littering aus Kommunen und anderen Bundesländern heranzuziehen und hinsichtlich eines NRW-Müllvermeidungsprogramms auszuwerten;
2. auf der Grundlage der Erkenntnisse der Studie "Wahrnehmung von Sauberkeit und Littering im öffentlichen Raum" der Humboldt Universität Berlin gemeinsam mit den kommunalen Abfall- und Stadtreinigungsbetrieben ein landesweites Programme zur Sauberhaltung der Städte und zur Müllvermeidung zu initiieren und zu unterstützen,
3. die Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge bei ihrer Arbeit vor allem in den Quartieren zu unterstützen und zu stärken, wo das Risiko der Vermüllung am größten ist.

4. den Bau und den Betrieb von „außerschulischen Lernorten im Bereich Abfall und Sauberkeit“ mit Fördermitteln zu unterstützen und Best Practice-Beispiele allgemein zur Verfügung zu stellen.

B Beratungsverfahren und Abstimmung

Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat den Antrag der SPD-Fraktion in seiner Sitzung am 14. September 2018 mit den Stimmen von Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD und bei Stimmenthaltung GRÜNEN abgelehnt.

Der Ausschuss für Schule und Bildung hat den Antrag in seiner Sitzung am 26. September 2018 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD ebenfalls abgelehnt.

In seiner abschließenden Sitzung am 5. Dezember 2018 hat der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz den Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 17/3014 - mit den Stimmen der Fraktion von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD abgelehnt.

Dr. Patricia Peill
Vorsitzende